



## STROMSTEUERN VERDOPPELT

In 14 Jahren, von 1996 bis 2010, haben sich die Steuern und Abgaben auf Strom in Österreich verdoppelt – allerdings nur für Endverbraucher. Denn während die Belastungskeule alle Haushaltskunden mit voller Wucht trifft, sorgt das Energieabgabenrückvergütungsgesetz dafür, dass sich Unternehmer sowohl Elektrizitätsabgabe als auch Ökostromabgabe fast zur Gänze vom Fiskus zurückholen können. Damit soll ihre Konkurrenzfähigkeit EU-weit gesichert werden, sagen Österreichs Politiker. Für die Frage, wie bei dieser Steuerlast die Existenz von Niedrigverdienern gesichert werden kann, fühlen sie sich offensichtlich nicht zuständig.



# MAUTERN: GEHEIMVERTRAG MIT DEM „PRINZEN“ Elfenberg: Verschleierte Förderung

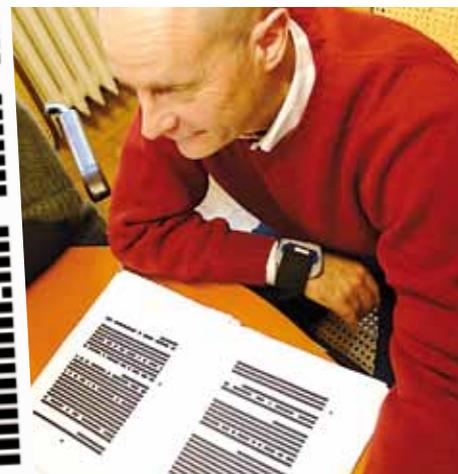
Das Land entzieht den Vertrag mit dem Tierpark Mautern der Prüfung, indem jede Zeile des Vertrags geschwärzt ist. Dubiose Geschäfte?

Der Wildpark Mautern ist trotz öffentlicher Subventionen in der Höhe von sechs Millionen Euro in die Zahlungsunfähigkeit geschlittert. Zuletzt wurden von der Landesregierung kurzfristig 1,98 Millionen Euro für den Tierpark genehmigt.

Das Land verhandelte mit Grundbesitzer Reuss (oft als „Prinz“ bezeichnet) und seiner Stiftung in Liechtenstein. Im Dezember bekam der Kontrollausschuss den Vertrag zur Begutachtung. Allerdings war jede einzelne Zeile des Dokuments geschwärzt. Der Kontrollausschuss sollte also einen un-



Beispielseite, geschwärzter Text: KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LABg. Werner Murgg wollen eine wirkliche Offenlegung des Elfenberg-Vertrags.



lesbaren Vertrag kontrollieren. Ein Hohn, findet Werner Murgg. Der KPÖ-Abgeordnete leitet den Ausschuss seit der Landtagswahl im letzten September. VP-Landesrat Buchmann bezeichnete den geschwärzten Text sogar als „Beitrag zur Transparenz“. Werner Murgg prangert diese Vorgangsweise an und verlangt, den Vertrag einer Prüfung durch den Rechnungshof zu unterziehen. Das wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

### Dubioser Vertrag

Werner Murgg: „Die Abgeordneten, die über diesen Vertrag abgestimmt haben, durften weder Näheres über die

bereits erfolgten Förderungen und stillen Beteiligungen des Landes, noch über die Pläne der Landesregierung zur Fortführung des Tierparks erfahren. Wir können keine Einschätzung über die auf das Land zukommenden Verpflichtungen und Kosten treffen. Eine Privatstiftung in Liechtenstein und Herr Reuss sind die Nutznießer dieser Vereinbarung. Die KPÖ hat nichts gegen den Erhalt des Wildparks, es muss aber eine saubere Lösung im Interesse der Bevölkerung geben, keine undurchsichtigen Geschäfte.“

Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Geheimvertrag prüfen zu können.



Im Wildpark Mautern, aber auch bei anderen steirischen Tourismusprojekten läuft einiges schief. KPÖ-Abgeordneter Murgg will sich keinen Bären aufbinden lassen und fordert eine Prüfung durch den Rechnungshof.

**KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LABg. Werner Murgg:**  
„Die Geheimverträge zum WILDPARK MAUTERN, die gewaltigen Zuschüsse an den Tierpark HERBERSTEIN, das EUROPÆUM in Mariazell oder die THERMEN in Fohnsdorf und Blumau zeigen, dass das Land bei Tourismusprojekten regelmäßig gewaltige Summen in den Sand setzt, ohne etwas daraus zu lernen. Besonders abzulehnen sind Haftungsübernahmen für Banken, die sich in der Steiermark ohne Risiko verspekulieren können, weil der Bevölkerung im Notfall die Verluste der Banken aufgeladen werden.“